Ltg.-1417-1/A-2/10-2017 (miterledigt Ltg.-1417/A-2/10-2017)

A n t r a g

des

BILDUNGS-AUSSCHUSSES

über den Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordnten Mag. Rausch und Landbauer betreffend gesetzliche Verankerung eines Schülerinnen- und Schülerparlaments auf Landes- und Bundesebene.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Die Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung im Sinne der Antragsbegründung neuerlich aufzufordern, die Abhaltung von Schülerinnen- und Schülerparlamenten auf Landes- und Bundesebene im Schülervertretungsgesetz vorzusehen.

2. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO wird der Antrag Ltg.-1417/A-2/10-2017 miterledigt.“

Mag. SCHEELE	TRÖLS-HOLZWEBER
Berichterstatterin	Obfrau